

PRESSEMITTEILUNG



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Herausgeber: DPoIG Bremen

Industriestraße 12
28199 Bremen
Telefon (0421) 94 902 51
Telefax (0421) 94 902 52

info@dpolg-bremen.de
www.dpolg-bremen.de
V.i.S.d.P.: Jörn Schulze
Telefon: (0151) 504 719 06

Deutsche Polizeigewerkschaft fordert Versachlichung der Diskussion Flüchtlingshilfe darf nicht ideologisch bewertet werden

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) in Bremen fordert von allen Beteiligten einen sachlicheren Umgang in der Diskussion um die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. „Bei allen Schwierigkeiten, die entstanden sind und möglicherweise noch entstehen werden, sollte nicht vergessen werden, dass wir über Notunterkünfte sprechen, in denen die Jugendlichen nur vorübergehend untergebracht werden, weil es ad hoc keine andere Möglichkeit gibt,“ so Jörn Schulze, Landesvorsitzender der Gewerkschaft.

Schulze kennt die Notunterkunft in Walle aus eigener Anschauung und sagt: „Nüchtern betrachtet muss man sagen, dass es keine schöne Unterkunft ist: Es ist laut, die Privatsphäre ist eingeschränkt, aber letzteres muss nach meinem Verständnis in einer Notunterkunft für einige Zeit einfach hingenommen werden. Und das hat nichts damit zu tun, aus welcher Lebenssituation heraus die Jugendlichen hierher gekommen sind. Ich würde das genau so formulieren, wenn es hier ein Erdbeben oder eine Überflutung gegeben hätte und die Menschen ein Dach über dem Kopf bräuchten.“

An der Qualität des Essens dürfe allerdings nicht gespart werden. Schulze begrüßt daher ausdrücklich, dass die Flüchtlinge sich einen Sprecher gewählt haben: Der richtige Weg sei es, sich mit demokratischen Mitteln für seine Rechte einzusetzen.

Kritik übte Schulze an seiner Meinung nach ideologisch motivierten Umgang einiger Gruppen in der Diskussion: „Mit Ideologie ist am Ende niemandem geholfen – wir alle wollen, dass den jungen Menschen geholfen wird, aber dies muss nach Recht und Gesetz geschehen. Aus einem „Gutmenschentum“ heraus jedermann ein Bleiberecht verschaffen zu wollen, wirft ein ebenso schlechtes Licht auf die Diskussion, wie die Forderung nach Ablehnung und Abschiebung aller Schutzsuchenden.“

Die Notunterkunft in Walle soll bis zum Abschluss der Renovierungsarbeiten in der Steinsetzerstraße betrieben werden, anschließend sollen die Jugendlichen wieder dort untergebracht werden.